

Beschäftigung und Gerechtigkeit in der Weltwirtschaft

Soziale Grundregeln für die Weltwirtschaft

12. Ziel des IBFG ist es, soziale Grundregeln für die Weltwirtschaft aufzustellen, die dafür sorgen, dass eine kohärente Strategie für Wachstum und Entwicklung den grundlegenden menschlichen Bedürfnissen äusserste Priorität einräumt. Ein grosser Fortschritt auf dem Weg zu diesem Ziel wurde 1995 in Kopenhagen beim UN-Weltgipfel für soziale Entwicklung erreicht und bei der im selben Jahr in Peking abgehaltenen Weltfrauenkonferenz noch gestärkt. Die Sondertagungen der Generalversammlung im Jahre 2000, bei denen die Verpflichtungen der Gipfeltreffen überprüft werden, sind eine wichtige politische Gelegenheit für Regierungen, die Idee eines „menschlichen Antlitzes der Globalisierung“ in ein praktisches Reformprogramm umzusetzen, das sich auf eine grössere Kohärenz zwischen der Arbeit des IWF, der Weltbank, der UNCTAD, der WTO, dem UNDP und der IAO stützt.

Demokratische Entwicklung beginnt am Arbeitsplatz

13. Im Laufe der letzten fünf Jahre haben nicht nur die Regierungen begonnen, wesentlich deutlicher zu erkennen, dass eine gute Staatsführung, die für den IBFG die demokratischen Prinzipien Transparenz, Rechenschaftspflicht und Beteiligung umfasst, für wirksame Entwicklungsstrategien von wesentlicher Bedeutung ist. Dies muss für die Funktionsweise internationaler Institutionen ebenso wie für Staaten gelten. Um die Armut zu beseitigen, sind effiziente staatliche Behörden erforderlich, die sich um die Bedürfnisse der Ärmsten kümmern und in der Lage sind, die sozialen Spaltungen auszugleichen, die weltweit durch einen verstärkten Wettbewerb verursacht werden. Regierungen, die im Rahmen von vereinbarten internationalen Grundregeln handeln, müssen in einer globalen Marktwirtschaft eine aktive Rolle spielen, um für die gerechte Verteilung des Nutzens zu sorgen, der durch einen verstärkten Handel und eine Zunahme der Investitionen entstehen kann, und um die sozialen Kosten des rapiden Wandels zu verringern. Ein zentraler Punkt für die Entwicklung dieser Grundregeln ist der Arbeitsplatz, wo die Zwänge des Marktes und die Hoffnungen der Menschen für ein besseres Leben aufeinander wirken. Das bei der IAO-Konferenz im Jahre 1999 in die Wege geleitete Programm für angemessene Arbeit hat neue Möglichkeiten für eine stärker integrierte und kohärentere internationale Sozial- und Wirtschaftspolitik eröffnet.

Die Achtung der Menschenrechte benachteiligter Bevölkerungsgruppen ist für die soziale Integration von entscheidender Bedeutung

14. Die Verbesserung des internationalen Systems zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte ist die Voraussetzung für eine verbesserte Staatsführung und somit für die Entwicklung. Die Ungleichheit verschwindet nicht wie von Geisterhand, sobald ein gewisser Wohlstand entsteht. Um die anhaltenden

starken Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu verringern, muss insbesondere Frauen und vor allem Arbeitnehmerinnen Chancengleichheit und gleiche Behandlung garantiert werden. Die Diskriminierung anderer benachteiligter Gruppen muss ebenfalls beendet werden, und zwar durch aktive Politik für die soziale Integration.

Fehlender sozialer Schutz hat in Asien katastrophale Auswirkungen

Die asiatische Finanzkrise in den späten 90er Jahren hat gezeigt, welche verheerenden Auswirkungen das Fehlen eines angemessenen sozialen Schutzsystems auf die erwerbstätige Bevölkerung hat. Die „Asiatischen Tiger“-Staaten hatten sich lange auf soziale Sicherheitsnetze verlassen, die durch die Familie geschaffen und durch hohe private Ersparnisse ergänzt wurden. Doch die Schwächen dieses Systems wurden deutlich, als sich herausstellte, dass es wegen der hohen Arbeitslosigkeit, die durch die Rezession in Ländern wie Korea und Thailand verursacht worden war, versagte.

In Korea errichteten die Beschäftigten des Hyundai-Werkes, denen die Entlassung drohte, Barrikaden aus Autos und Benzintanks, Stahlrohren, Benzinbomben, Schrauben und Nägeln, um Entlassungen in Ulsan zu verhindern, dem Hauptsitz von Hyundai. Als die Arbeitslosigkeit in Korea auf 8% angestiegen war, wobei lediglich 22% der 3 Millionen Arbeitslosen irgendeine Form von staatlicher Unterstützung erhielten, begingen täglich 47 arbeitslose Beschäftigte Selbstmord.

In Thailand, wo im Herbst 1998 täglich 2000 Menschen ihren Arbeitsplatz verloren, organisierten Tausende entlassener Textilarbeiter/innen in Bangkok wochenlange Proteste und forderten eine Entschädigung. Viele beklagten sich, dass die Regierung über keinerlei Pläne für den Umgang mit den Arbeitslosen verfügte, abgesehen von den geringen Geldbeträgen, die einige wenige Glückliche erhielten, um ein neues Geschäft zu gründen. Die Familien schickten ihre Kinder zur Nahrungssuche auf Müllhalden, während die Erwachsenen sich nach Gelegenheitsarbeiten umsahen.

Die Gewerkschaften in der Region haben verschiedene Massnahmen zur Bekämpfung dieser Situation eingeleitet und damit an ein IBFG/APRO-Seminar über „Soziale Sicherheitsnetze“ in Manila im Juli 1998 angeknüpft, das gemeinsam mit dem Japan Institute of Labour (JIL) organisiert worden war. Die APRO organisierte gemeinsam mit der IAO im Oktober 1999 in Singapur ein Seminar über „Soziale Sicherheitsnetze und die Marktwirtschaft“. Bei der Konferenz kam man zu dem Schluss, dass das wichtigste Mittel, um den Beschäftigten zu helfen, die Entwicklung sozialer Partnerschaften zwischen den Gewerkschaften, den Arbeitgebern und den Regierungen ist. Man war sich ausserdem darüber einig, dass Finanzinstitutionen wie die Weltbank und der IWF stärker auf regionaler Ebene arbeiten sollten, wo sie sich mit der IAO und den Gewerkschaften beraten sollten. Ausserdem einigte man sich darauf, der IBFG/APRO-Charta über Mindestforderungen und ihrer Sozialcharta für demokratische Entwicklung stärkeres Gewicht zu verleihen.

Im November 1999 beteiligten sich die Gewerkschaften auch am Sozialforum in Manila, das von der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) organisiert wurde. Bei der Sitzung wurde deutlich, dass die ADB endlich damit begonnen hätte, soziale Themen zu berücksichtigen und die Verringerung der Armut zum Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht hätte.

Das Sicherheitsnetz des sozialen Schutzes gehört zu den grundlegenden Verantwortungen des Staates

15. Der Markt schafft weder einen Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung für alle Teile der Bevölkerung noch ein soziales Sicherheitsnetz, und er wird dies auch in Zukunft nicht tun. Trotz einer Vielzahl von Studien, die den immensen Wert einer allgemeinen Grundbildung und medizinischer Versorgung für Individuen, die Gemeinschaft und ganze Länder gezeigt haben, bleiben diese hauptsächlich öffentlichen Dienstleistungen in grossem Masse unterfinanziert. Der Staat muss auch für ein soziales Sicherheitsnetz sorgen, um sicherzustellen, dass Kinder, ältere und kranke Menschen, Menschen mit Behinderungen sowie Arbeitslose nicht zur Armut verdammt sind. Die nationalen Regierungen sind, in Zusammenarbeit mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und anderen für die Entwicklung einer umfassenden Politik für sozialen Schutz verantwortlich, und die internationale Gemeinschaft muss den am wenigsten entwickelten Ländern dabei helfen, solche Programme aufzubauen.

Die Unsicherheit des informellen Sektors verschlimmert die Armut

16. Um die Konflikte schaffenden sozialen Auswirkungen der Globalisierung auszugleichen, sind neue Anstrengungen zur Unterstützung der am wenigsten entwickelten Länder erforderlich. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung Afrikas und Hunderte Millionen Menschen in Asien, Lateinamerika und den Übergangsländern werden von der Weltwirtschaft weiterhin ausgegrenzt. In vielen Regionen leben sie in den riesigen Slums rund um die Städte der Entwicklungsländer vom Einkommen aus Subsistenzwirtschaft und prekären unproduktiven Beschäftigungsverhältnissen. Strategien für die Verringerung der Armut müssen sich in erster Linie darauf konzentrieren, den Ärmsten zu helfen, sich selbst aus der Armut zu befreien. Die zunehmende Ausweitung des informellen Sektors in den Entwicklungsländern hilft nicht, die Armut zu beseitigen, sondern verschlimmert sie. Die Beschäftigten, die sich im informellen Sektor durchschlagen, wollen vor allem Sicherheit: Sicherheit vor Verbrechen, Sicherheit für ihre bescheidenen Ersparnisse, Sicherheit hinsichtlich ihrer Wohnsituation und vor allem Sicherheit für die Zukunft ihrer Kinder. Die Erarbeitung einer integrierten Strategie für die Beseitigung der Armut erfordert einen vielschichtigen Ansatz, der sich auf die Einbeziehung der Gemeinschaft stützt und vor allem auf den politischen Willen. Die Beseitigung der Wurzeln der Armut durch Programme, mit denen der Schulbesuch der Kinder erreicht werden soll, die Schaffung produktiver Arbeitsplätze für die Eltern der arbeitenden Kinder und die Inkraftsetzung der Arbeitsgesetze, insbesondere über das Mindestbeschäftigungsalter, stehen im Mittelpunkt dieser Strategie.

Weltbank und IWF beginnen, die Strukturanpassung auf die Verringerung der Armut auszurichten

17. Nach mehr als einem Jahrzehnt der auf finanzielle Stabilisierung, Deregulierung und Privatisierung ausgerichteten Strukturanpassungspolitik verlagern der IWF und die Weltbank nun endlich ihre Prioritäten auf die Verringerung der Armut. Wirtschaftliches Missmanagement, insbesondere durch die Verschwendung von Mitteln für Waffen, Korruption und Prestigeprojekte, von denen nur die Reichen profitieren, sollte nicht durch internationale Darlehen unterstützt werden. Doch allzu oft haben Haushaltskürzungen keine Abhilfe hinsichtlich der Verschwendung geschaffen und die Schwächsten am härtesten getroffen. Damit die Versprechungen hinsichtlich der Bekämpfung der Armut wahr werden, muss sich die Art, wie internationale Institutionen ihre Politik formulieren und umsetzen, sehr stark ändern. Ausserdem ist eine deutliche Erhöhung der Hilfsleistungen erforderlich. Die Rhetorik über Rechenschaftspflicht erhält erst dann eine Bedeutung, wenn die Gewerkschaften und andere repräsentative nichtstaatliche Organisationen vollständig bei der Formulierung und Umsetzung von Programmen für die Verringerung der Armut einbezogen werden.

Für drei Milliarden Menschen, die von zwei Dollar pro Tag leben, steigt die Geldmenge nicht zu schnell

18. Über drei Milliarden Menschen müssen mit weniger als zwei Dollar pro Tag auskommen, 1,3 Milliarden Menschen mit weniger als einem Dollar pro Tag, und weltweit sind 900 Millionen Menschen arbeitslos oder unterbeschäftigt. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass die Kapazitäten der Weltwirtschaft keineswegs ausgelastet sind. Das Haupthindernis für ein beschleunigtes Wachstum ist die mangelnde Stabilität der Finanzmärkte. Die unzureichende Regulierung aufstrebender Finanzmärkte, die die Ursache für den Boom und den Zusammenbruch einer Reihe asiatischer Volkswirtschaften in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre war, hat zusammen mit den deflationären Bedingungen, die an die erste Vergabe der IWF-Nothilfe geknüpft waren, zu einer drastischen Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung geführt, von der sich eine Reihe von Ländern bis jetzt noch nicht wieder erholt hat. Der Reflex der Zentralbanken der wichtigsten Industrieländer, die Zinssätze beim geringsten Verdacht auf einen eventuellen Anstieg der niedrigen Inflationsraten anzuheben, behindert die weltweite Verringerung der Armut.

Der neuen Architektur fehlt ein sozialer Stützpfiler

19. Die Gewerkschaften wissen den Wert von Preisstabilität zu schätzen, doch sie betonen, dass Sozial- und Arbeitsmarktpolitiken, die die Beschäftigung, die Produktivität und die Steigerung der Löhne fördern, eine zentralere Rolle spielen müssen. Die Regierungen und die internationalen Wirtschaftsorganisationen vernachlässigen die Dreigliedrigkeit und den sozialen Dialog als Mittel zur Entwicklung einer Politik für stärke-

keres und stabileres Wachstum. Die Bemühungen, nach der Asienkrise eine neue Architektur zur Verringerung der finanziellen Unbeständigkeit zu schaffen, sind notwendig, doch ohne einen entschiedenen Einsatz für die Entwicklung internationaler sozialpolitischer Leitlinien zur Bekämpfung der Armut und der Arbeitslosigkeit fehlt ihnen die notwendige Kohärenz, um die Milliarden von Menschen, die zur Zeit von der Globalisierung ausgegrenzt sind, in alle Bereiche der Weltwirtschaft zu integrieren.

Die Schuldenlast führt zur Einstellung der Programme für Armutsbekämpfung und birgt die Gefahr des Zusammenbruchs von Staaten

20. Es ist ein massgeblicher internationaler Einsatz für den Wiederaufbau in den am wenigsten entwickelten Ländern erforderlich. Die internationalen Finanzinstitutionen reagierten sofort auf den drohenden Konkurs grosser Banken nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch in Asien und Russland 1997/98, doch sie brauchten Jahre, um extrem bescheidene Programme für den Erlass der Schulden der ärmsten Entwicklungsländer auszuarbeiten. Der IBFG spricht sich seit einigen Jahren entschieden für tieferegehende und schnellere Massnahmen aus, um den Schuldenerlass mit zukunftssträchtigen Programmen zur Verringerung der Armut zu verbinden. Die Kosten der Rückzahlung von Schulden, die oft von früheren Diktatoren angehäuft wurden, verschlingen immer noch die geringen Devisenreserven, die benötigt werden, um die Rücklagen wieder aufzustocken und somit Investitionen grösseren Ausmasses in prioritäre Bereiche wie Bildung und Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Jahrelange Sparpolitik hat das instabile soziale Kapital und die schwachen öffentlichen Institutionen in Afrika schwer geschädigt. Dadurch wurden Situationen geschaffen, in denen lokale Kriegsherren, oft zusammen mit Drogen- und Edelsteinschmugglern, ganze Länder destabilisieren konnten, wodurch es zu einer hohen Zahl von Verletzten und Toten und zu enormen Flüchtlingsproblemen gekommen ist.

Die Konferenz in Seattle hat gezeigt, dass die Schwerpunktthemen Sozialwesen, Entwicklung und Umwelt in die WTO einbezogen werden müssen

21. Der Zusammenbruch der Gespräche bei der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Seattle hat gezeigt, dass das öffentliche Vertrauen in das multilaterale Handelssystem sowohl in den Industrieländern als auch in den Entwicklungsländern ein Rekordtief erreicht hat. Das Scheitern der Gespräche spiegelt das wachsende Ungleichgewicht der Globalisierung wider, doch das Ende der Gespräche könnte auch der Anfang eines neuen Ansatzes hinsichtlich der Globalisierung sein. Die WTO muss beginnen, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie Handel und Investitionen der sozialen Entwicklung dienen können, und sie kann die Rechte der Beschäftigten nicht länger ignorieren. Wenn der fehlende Konsens in Seattle zu einer Neubewertung der Verbindung zwischen Handel, Entwicklung,

sozialen Fragen und der Umwelt führt, war die Ministerkonferenz in Seattle kein Misserfolg, sondern vielmehr der Anfang der Bemühungen für die Schaffung eines rücksichts- und verantwortungsvolleren globalen Marktes.

Das Welthandelssystem muss die Kernarbeitsnormen berücksichtigen und eine nachhaltige Entwicklung schaffen

22. Die WTO hat ein zunehmend ausgedehntes Mandat: Sie soll nicht nur die Verringerung von Grenzkontrollen fördern, sondern auch für die Reform nationaler Politiken sorgen, die als Behinderung für den freien Wettbewerb erachtet werden. Die Hauptnutznießer sind bis jetzt die multinationalen Unternehmen, deren jüngste Wachstumsraten gemessen an den ausländischen Direktinvestitionen den Anstieg des Handels selbst deutlich übertreffen. Der IBFG hat entschlossene Kampagnen geführt, um die Beziehung zwischen der Handelsliberalisierung und der Einhaltung der Kernarbeitsnormen auf die Tagesordnung der WTO und der IAO zu setzen. Sowohl die Regierungen in Industrieländern als auch die in Entwicklungsländern erkennen jetzt den Nutzen eines ernsthaften Dialoges über die Frage, wie eine Intensivierung des Wettbewerbsdrucks vermieden werden kann, der durch die Handelsliberalisierung in Form einer Untergrabung der grundlegenden Menschenrechte bei der Arbeit ausgelöst wird. Als nächster Schritt muss die Einigung auf ein Forum erfolgen, in dessen Rahmen die eindeutigen Verbindungen zwischen guten Beschäftigungspraktiken, einer wesentlich stärkeren Konzentration der Handelspolitik auf die Entwicklung und dem Aufbau von Unterstützung für ein multilaterales, geregeltes Handelssystem in wirksame Massnahmen umgesetzt werden. Gleichzeitig muss bei Handelsgesprächen dafür gesorgt werden, dass die Märkte für Importe aus Entwicklungsländern geöffnet werden und dass eine gerechte Verteilung der Gewinne erfolgt, die durch die Zunahme des Handels erzielt werden.

Die Handelspolitik muss Teil einer integrierten sozialen und wirtschaftlichen Strategie sein

23. Die Handelspolitik kann nicht länger als ausschliessliches Anliegen der WTO betrachtet werden. Der Welthandel entspricht einem Viertel der Weltproduktion, und der Einfluss sich verändernder Handelsmuster hat deshalb enorme positive und negative Auswirkungen auf eine grosse Zahl von Menschen. Die Gewerkschaften gehören zu einer Reihe von Organisationen, die unbedingt sicherstellen möchten, dass beispielsweise die Gesundheits-, Umwelt- oder Bildungspolitik nicht von einer eng gefassten juristischen Interpretation des Handelsrechts bestimmt werden. Insbesondere umfassende staatliche oder staatlich geförderte Bildungs- und Gesundheitsprogramme dürfen nicht im Namen der gleichberechtigten Behandlung multinationaler Unternehmen gefährdet werden, welche sich auf die Zielgruppe der Menschen konzentrieren, die über die höchsten

Einkommen verfügen und nicht am Rande der Gesellschaft stehen. Die WTO muss sich für eine breitere Debatte über die Rolle der Handelspolitik, ihre Grenzen und die positive Rolle sozialer Politiken in einer offenen Weltwirtschaft öffnen.

Ohne weltweite Bestimmungen über Investitionen können die Multis Länder gegeneinander ausspielen

24. Trotz der Führungsrolle, die multinationale Unternehmen im Globalisierungsprozess haben, und trotz des fortgesetzten rapiden Wachstums der ausländischen Direktinvestitionen gibt es keine weltweiten Grundregeln zur Regulierung ihrer Vorgehensweise. Daher spielen die Unternehmen Länder und Regionen gegeneinander aus. Sie müssen sich lediglich den Bestimmungen des jeweiligen Landes anpassen, in dem sie sich niederlassen, soweit diese Bestimmungen angewendet werden. Dadurch können sie die so entstehenden Rechtslücken ausnutzen, wenn dies ihren Profiten dient, insbesondere im Zusammenhang mit Rechnungslegungspraktiken, Steuerverbindlichkeiten und Arbeitnehmerrechten.

Die Lehren aus dem Zusammenbruch des MAI

25. Die wichtigsten Heimatländer der Multis haben, üblicherweise auf Verlangen der Unternehmen, bilaterale Investitionsabkommen ausgehandelt, um ihre Investitionen zu schützen. Die Entwicklungsländer, die dringend Investitionen benötigen, waren bei solchen Verhandlungen selbstverständlich stark im Nachteil, und die Abkommen enthalten kaum Verpflichtungen für die Multis, sich an den nationalen Entwicklungsprogrammen zu beteiligen. Die fehlgeschlagenen Verhandlungen bei der OECD in den neunziger Jahren waren ein Versuch einiger Länder, die Bedingungen von über tausend bilateralen Abkommen in einem einzigen Multilateralen Investitionsabkommen (MAI) zusammenzufassen. Die Verhandlungen konnten jedoch das grosse Ungleichgewicht hervorheben, dass zwischen den Verpflichtungen der Regierungen, die die ausländischen Investoren bevorzugt behandeln sollen, und den geringen Einschränkungen für die Unternehmen besteht. Dies entfachte eine Gegenreaktion des IBFG, der in Zusammenarbeit mit dem TUAC grösste Anstrengungen unternahm, um die Verabschiedung dieses unausgewogenen Abkommens zu verhindern. Diese Erfahrung hat bei den Gewerkschaften die Forderung ausgelöst, dass bei zukünftigen Versuchen, internationale Grundregeln für Multis auszuhandeln, die offensichtliche Schwäche bilateraler Abkommen korrigiert wird und die Verantwortung der Multis sowie die grundlegenden gesetzlichen Bedingungen für ihre Aktivitäten ebenso stark berücksichtigt werden. Für die Gewerkschaften ist es von entscheidender Bedeutung, dass weder die Unternehmen noch die Regierungen die Kernarbeitsnormen untergraben sollten, um dadurch kurzfristige Wettbewerbsvorteile zu erreichen.

Die Beschäftigung und die Umwelt müssen in die Agenda für eine nachhaltige Entwicklung aufgenommen werden

26. Eine integrierte internationale Sozial- und Wirtschaftspolitik für das 21. Jahrhundert muss für die Umwelt zukunftsfähig sein. Die Verhinderung der Umweltzerstörung darf weder für die Regierungen noch für die Wirtschaft oder die Gewerkschaften ein zweitrangiger Gedanke sein. Die Umstellung auf nachhaltige Entwicklungsmuster und die Bemühungen zur Verhinderung schädlicher Produktionsformen werden tiefgreifende Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Lebensstandard haben. Wie viele andere hoffen auch die Gewerkschaften, dass eine „grünere“ Weltwirtschaft mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen wird, als wenn alles beim Alten bleibt. Dies wird sich nicht verwirklichen, wenn man sich einfach nur auf Marktanreize verlässt. Die Gewerkschaften haben hervorgehoben, dass nachhaltige Beschäftigungsstrategien parallel zu Umweltprogrammen erarbeitet werden müssen, um einen eventuellen unerwünschten Zwiespalt zwischen der Beschäftigung und der Umwelt zu verhindern. Sie haben auch betont, wie wichtig es ist, die Beschäftigten durch ihre Gewerkschaften zu Diskussionen auf lokaler Ebene über die Frage, wie Umweltziele festgelegt und erfüllt werden können, anzuregen. Langjährige Erfahrung bei der Bekämpfung von Gefahrenquellen am Arbeitsplatz hat die Gewerkschaften davon überzeugt, dass eine starke Mitsprache der Beschäftigten hinsichtlich der Gestaltung des Arbeitsplatzes massgeblich ist, um sicherzustellen, dass die Arbeitgeber Massnahmen für sichere Arbeitsplätze nicht stets so lange hinausschieben, bis es zu spät ist. Die Herstellung einer Verbindung zwischen den gewerkschaftlichen Ausschüssen für Sicherheit und Umwelt und der allgemeinen internationalen Umweltbewegung ist eine wichtige Möglichkeit für die Ausarbeitung praktischer Massnahmen für die Umwelt und die Beschäftigung.